

Medienmitteilung 2026 / 09

Thema Kantonsratssitzung vom 16. September 2026

Datum 14. September 2026

Für Rückfragen Lorenz Ilg, +41 79 430 36 20, lorenz.ilg@grunliberale.ch
Michael Spirig, +41 79 798 26 45, michael.spirig@grunliberale.ch

Absender Fraktion Grünliberale Partei Kanton Schwyz, www.sz.grunliberale.ch

Stellungnahme der GLP SZ zu den Geschäften der kommenden Kantonsratssitzung

Die Kantonsratsräte der Grünliberalen Fraktion Kanton Schwyz haben die Geschäfte der Kantonsratssitzung vom 16. September behandelt. Nachstehend finden sich die Stellungnahmen zu den Geschäften mit Abstimmung sowie zu ausgewählten Interpellationen.

Nachfolgende 4 Geschäfte waren schon im Juni 2026 traktandiert: T9* (war T22), T11* (war T24), T13* (war T26) und T14* (war T27). Die Positionen der GLP SZ haben sich dazu nicht verändert. Dementsprechend sind die Stellungnahmen zu diesen 5 Geschäften eine Rekapitulation der Medienmitteilung vom Juni.

Sitzung vom 16. September 2026

• **T4 11/2026 / 480/2026 Ausgabenbewilligung:
Erweiterung des Kantonsgefängnisses am Sicherheitsstützpunkt Biberbrugg**

Die GLP-Fraktion unterstützt die Erweiterung des Kantonsgefängnisses und die Ausgabenbewilligung von 10,6 Millionen Franken. Die zusätzlichen Kapazitäten sind notwendig und verbessern gleichzeitig die Haft- und Arbeitsbedingungen; zudem ist die Erweiterung langfristig wirtschaftlicher als zusätzliche ausserkantonale Unterbringungen.

• **T5 481/2026 Ausgabenbewilligung:
Sanierung und Ausbau Hauptstrasse Nr. 392, Wägitalstrasse, Vorderthal**

Die GLP-Fraktion unterstützt die Sanierung und den Ausbau der Wägitalstrasse im Abschnitt Rempen. Der Handlungsbedarf bei Sicherheit und Strassenzustand ist klar ausgewiesen – gleichzeitig erwartet die Fraktion, dass der Kanton die Bedürfnisse und speziell die Sicherheit des Veloverkehrs bei der weiteren Velowegnetzplanung konsequent berücksichtigt.

• **T6 485/2026 Gesetz über das Halten von Hunden (Hundegesetz)**

Die GLP-Fraktion begrüsst grundsätzlich die vorliegende Revision des Hundegesetzes. Die GLP-Fraktion freut sich über die Beibehaltung der Tierhalter-Haftpflichtversicherung und unterstützt die Einführung von obligatorischen Hundekursen. Zudem hofft die GLP-Fraktion, dass die Gemeinden künftig rege von der Möglichkeit Gebrauch machen werden, grosszügige Freilaufzonen für Hunde einzurichten, um damit eine artgerechte Hundehaltung in unserem Kanton zu ermöglichen. Die GLP-Fraktion appelliert an die Eigenverantwortung der Hundehalterinnen und Hundehalter und wünscht sich mittelfristig eine Abschaffung der generellen Leinenpflicht.

• **T7 516/2026 Erhöhung Ausgabenbewilligung:
Sanierung und Ausbau der Hauptstrasse Nr. 2b, Ober Nas – Rotschuo, Gersau**

Die GLP-Fraktion ist bei der Erhöhung der Ausgabenbewilligung geteilter Meinung. Die Sanierung ist notwendig, gleichzeitig werfen die deutlichen Mehrkosten Fragen zu Kostenplanung und -kontrolle auf. Die GLP-Fraktion unterstützt die Vorlage deshalb nicht geschlossen.

• T8 430/2026 Postulat P 4/26: Mietenexplosion stoppen

Höchster Mietpreisanstieg der Schweiz – und der Regierungsrat empfiehlt: wegschauen

Nirgends sind die Angebotsmieten in den letzten fünf Jahren stärker gestiegen als im Kanton Schwyz – allein 2024/25 um 10,5 Prozent, bei einem Leerstand von 0,52 Prozent. Trotzdem beantragte der Regierungsrat, das Postulat «Mietenexplosion stoppen» nicht erheblich zu erklären: Weitere Massnahmen zu prüfen sei «nicht zielführend». Die GLP-Fraktion hat sich für die Erheblicherklärung eingesetzt.

Besonders stossend: Der Regierungsrat widerspricht sich selbst. In seiner Antwort (RRB Nr. 430/2026) bezeichnet er einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum bei grösseren Bauprojekten als «effektive Massnahme zur Eindämmung überhöhter Mietzinse» – zwei Seiten später sei die Ausarbeitung von Vorlagen «nicht zielführend». «Der Regierungsrat attestiert seiner eigenen Idee Wirkung und beantragt dann, nichts zu tun», sagt Kantonsrat Lorenz Ilg, Fraktionspräsident und Mitunterzeichner des Postulats.

Zudem schiebt der Kanton die Verantwortung vollständig auf die Gemeinden ab – dabei hat er sich mit der Abschaffung des Wohnbauförderungsgesetzes 2018 selbst jeder gesetzlichen Grundlage beraubt. Während der Bund den Fonds de Roulement für gemeinnützigen Wohnraum soeben um 150 Millionen Franken aufgestockt hat, fliesst dieses Geld ohne kantonalen Rahmen an Schwyz vorbei. Und eine jährliche Wohnraumstatistik wie in Zug und Luzern lehnt die Regierung ab. «Wer ohne Daten beobachtet, schaut zu, wie die Mieten davonziehen», so Ilg.

Die GLP bleibt wirtschaftsliberal – aber ein Markt mit einem halben Prozent Leerstand und zweistelligem Preiswachstum in einem Jahr funktioniert nicht mehr. Das Postulat verlangte denn auch keine Eingriffe, sondern lediglich eine Gesamtschau wirksamer Massnahmen. Die GLP-Fraktion bleibt dran: Ein Mietpreis-Rekord ist kein Standortvorteil! Darum hat die GLP auch auf nationaler Ebene die Initiative für 50 neue Quartiere lanciert – das nächste vielleicht auch schon bald bei uns im Kaltbach, Biberbrugg oder Zeughaus-Areal!

• T9* 292/2026 Postulat P 23/25:

Vertrauliche Spurensicherung bei häuslicher und sexueller Gewalt durch Forensic Nurse

Die grünliberalen Schwyz unterstützen das Postulat. Betroffene von häuslicher und sexueller Gewalt brauchen die Möglichkeit, Spuren vertraulich und fachgerecht sichern zu lassen, ohne sofort Anzeige erstatten zu müssen. Zwar bestehen im Kanton bereits einzelne Angebote bei Sexualdelikten, doch es fehlt eine klare, niederschwellige und breiter abgestützte Struktur, insbesondere auch für häusliche Gewalt. Das Postulat verlangt keine teure Sofortlösung, sondern eine seriöse Prüfung von Kooperationen, Zuständigkeiten und Qualitätssicherung.

• T11* 332/2026 Postulat P 22/25: Standesinitiative für eine faire Ermittlung des NFA-Ressourcenpotentials

Die GLP-Fraktion anerkennt das Anliegen des Postulanten und teilt die Kritik, dass das NFA-Ressourcenpotential je nach kantonalem Datenstand zu Verzerrungen führt. Kantone mit zeitnaher, definitiver Veranlagung wie Schwyz werden gegenüber säumigeren Kantonen tendenziell benachteiligt. Trotzdem erklärt die Fraktion das Postulat nicht erheblich. Ausschlaggebend ist die Risikoabwägung: Als einer von nur zehn Geberkantonen würde Schwyz mit einer Standesinitiative ein Thema öffnen, dessen weiteren Verlauf er nicht steuern kann und in das die Nehmerkantone sowie der finanziell angespannte Bund rasch ihre eigenen Begehrlichkeiten einbringen könnten. Für eine Korrektur mit begrenzter und nicht bezifferter Wirkung ist dieses Risiko aus Sicht der GLP nicht verhältnismässig. Zielführender ist die koordinierte Arbeit der Geberkantone.

• T13* 353/2026 Postulat P 2/26: Bessere Verkehrssicherheit in Rothenthurm

Für die GLP-Fraktion ist die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg ein zentrales Anliegen. Sie unterstützt deshalb das Postulat und wird es erheblich erklären.

• T14* 364/2026 Interpellation I 7/26: Gelingende Sprachliche Integration Volksschulen

Die grünliberalen Schwyz kritisieren die Antwort des Regierungsrates als ungenügend. Der Kanton verfügt über keine konkreten Zahlen dazu, wie viele Schülerinnen und Schüler DaZ-Unterricht besuchen, hält den heutigen Faktor von 0,08 Lektionen pro Schulkind aber trotzdem für ausreichend. Wer den Bedarf nicht erhebt, kann die Ressourcen nicht seriös steuern. Sprachliche Integration ist keine Begehrlichkeit, sondern Voraussetzung für Chancengerechtigkeit, gelingenden Unterricht und erfolgreiche Integration.

• T18 457/2026 Postulat P 24/25: IF-Pool erhöhen – Unterrichtsqualität sichern und Lehrpersonen entlasten

Die GLP-Fraktion unterstützt das Postulat klar und begrüsst, dass der Regierungsrat sogar eine stärkere Erhöhung des IF-Pools als ursprünglich gefordert als sinnvoll erachtet. Mehr Unterstützung durch schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen stärkt die Unterrichtsqualität, entlastet Lehrpersonen und ist damit auch ein konkreter Beitrag gegen den Lehrpersonenmangel.

• T19 489/2026 Postulat P 1/26: Studiengang in Agronomie im Kanton Schwyz?

Die GLP-Fraktion unterstützt die Prüfung eines Studiengangs in Agronomie im Kanton Schwyz. Die Grünliberalen befürworten eine vertiefte Auslegeordnung am Standort Pfäffikon, um künftige Bildungs- und Weiterbildungsentscheide auf eine verlässliche, faktenbasierte Grundlage zu stellen. Die Fraktion betont jedoch, dass ein teurer Alleingang unrealistisch ist und das Angebot zwingend in enger Kooperation mit etablierten Institutionen wie der Fachhochschule OST geprüft werden muss.